



Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Per Mail: [copiur@bj.admin.ch](mailto:copiur@bj.admin.ch)

Bern, 30. Mai 2017

## **Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID Gesetz) Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum Vernehmlassungsentwurf für das Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) Stellung nehmen zu können.

### **Allgemeine Einschätzung**

Der Schweizerische Städteverband unterstützt den Grundsatz zur Schaffung von elektronischen Identifizierungseinheiten (E-ID). Im Rahmen von E-Government Schweiz ist die Schaffung einer nationalen digitalen Identität ein zentrales und prioritäres Vorhaben.

Gegenüber dem vorliegenden Konzept mit einer Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt ist die Mehrheit unserer Mitglieder ablehnend eingestellt. Die Herausgabe einer digitalen Identität – gleich wie bei den analogen Identitätspapieren – gehört für die Mehrheit der Städte zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Hauptargument dafür ist das ungleich höhere Vertrauen in den Staat als Herausgeber von Identifizierungseinheiten.

Nur eine Minderheit unserer Mitglieder erachtet die vorgeschlagene Lösung mit einem Markt für mehrere staatlich anerkannte Identitätsdienstleister als praktikabel und mit tragbaren Risiken verbunden.

Aus städtischer Sicht besteht eine Reihe weiterer Unklarheiten betreffend Folgekosten. So ist offen, welches die Aufwände und Kosten für die Betreiber eines «E-ID-verwendenden Dienstes» (also besonders auch Verwaltungen) wären, die durch das komplexe System der Zertifizierungen ausgelöst würden. Wir verstehen das vorgestellte Konzept so, dass Verwaltungen, die Systeme zur elektronischen Identifikation anbieten, dann auch sämtliche vom Bund zertifizierte Identitäts-Provider (IDP) akzeptieren müssten. Heute haben die betroffenen Verwaltungen und Systembetreiber einen erheblichen Aufwand, die verschiedenen existierenden Systeme (z.B. SuisseID und mobileID der Swisscom)



technisch einzubinden. Auch wird aus den Konzepten und dem Gesetzesentwurf nicht klar, ob die Anbieter solcher Lösungen bei den Verwaltungen dafür Gebühren erheben dürfen. Heute ist es beispielsweise aufwändig und teuer, eine E-Payment-Lösung anzubieten und möglichst viele der oft verwendeten Zahlungsmittel einzubinden. So ähnlich könnte sich der geöffnete Markt der Identitätsprovider dereinst darstellen, wenn eine Gemeinde oder eine Stadt mit jedem der Anbieter bilaterale Verträge eingehen muss.

Bezüglich der Verwendung von Identitäten in der Praxis muss im Konzept und im Gesetzesentwurf auch Bezug auf das ebenfalls von E-Government Schweiz priorisierte Vorhaben IDV Schweiz genommen werden, welches zum Ziel hat, bestehende Identitäten fördern zu können. Fraglich ist, ob gemäss dem vorliegenden Konzept die Kantone oder Gemeinden, welche ihre Daten zur Förderung anbieten möchten, automatisch zu Identitäts Providern würden und sich somit für den qualifizierten Austausch von Identitäten zertifizieren lassen müssten. Auch hier ist unklar, mit welchen Kosten und Aufwänden zu rechnen ist.

### **Konkrete Anliegen und Anträge**

Der Städteverband beantragt daher, dass der Bund die Vorlage überarbeitet und mit einer Variante ergänzt, in der die Lösung mit einer einheitlichen staatlich abgegebenen E-ID konkretisiert wird. Eine Mehrheit der Städte favorisiert die letztgenannte Variante.

Falls das Konzept mit dezentraler Identifizierungsmittel-Ausgabe weiterverfolgt wird, so muss auf Bundesebene eine zentrale Anlaufstelle für Wissenstransfer und die Koordinationsaufgaben zwischen den IDP und Verwaltungen geschaffen werden. Um eine rasche flächendeckende Verbreitung der E-ID auf allen drei Staatsebenen sicherzustellen, sind vom Bund auch Mittel für Anschubfinanzierungen bereitzustellen. Ebenso unterstützen wir die Änderungsanträge des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) zum vorgestellten Konzept.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband  
Verband Schweizerischer Einwohnerdienste